

CHILE

MARTIN F. MEYER

WINFRIED JUNG

4. März 2010

www.kas.dewww.kas.de/chile

Chile: Der Stand der Dinge nach dem Erdbeben

LAGE IN DEN KRISENGEBIETEN NACH PLÜNDERUNGEN WEITGEHEND RUHIG. ANKUNFT ERSTER HILFSLIEFERUNGEN. SCHWERE KRITIK AM KRISENMANAGEMENT DER REGIERUNG

Knapp vier Tage nach dem verheerenden Erdbeben vom Samstag (27.02.2010) hat sich die Lage in Chile etwas normalisiert. In den letzten Tagen hatte das Land ein geteiltes Bild geboten. Während der Alltag in der Hauptstadt Santiago schon am Wochenanfang weitgehend seinen Lauf nahm, herrschten weiter südlich in den besonders betroffenen Regionen Biobío und Maule chaotische Zustände. Am Sonntag waren etliche Geschäfte und Supermärkte geplündert worden, woraufhin die Präsidentin Bachelet für die beiden Regionen den Notstand ausrief und in der stark verwüsteten Küstenstadt Concepción eine nächtliche Ausgangssperre von 21:00 bis 6:00 Uhr verhängte. Angesichts ausgebliebener Hilfslieferungen weiteten sich am Montag die Plünderungen im Erdbebengebiet jedoch aus. Während die meisten Menschen nur Grundnahrungsmittel mitnahmen, nutzten Kriminelle und Gelegenheitsdiebe das Durcheinander, um alle möglichen Wertgegenstände zu stehlen. In Concepción gingen nach Brandstiftungen unter anderem ein Kaufhaus und ein Großmarkt in Flammen auf.

Um der Lage Herr zu werden verhängten die Behörden eine nächtliche Ausgangssperre über drei weitere Städte (Talca, Cauquenes und Constitución), während in Concepción das Ausgehverbot bis zum Mittag verlängert wurde. Auch die Anzahl der Truppen wurde auf insgesamt 11.859 aufgestockt, um in der Region für Ordnung zu sorgen und Hilfsgüter an die Bedürftigen zu verteilen. Laut chilenischen Medienbereichen vom

Mittwoch haben die massive Präsenz und das harte Vorgehen des Militärs den gewünschten Effekt erzeugt. Gegenwärtig werden nur noch vereinzelte Plünderungen gemeldet, während immer mehr Hilfe die etwa zwei Millionen Opfer erreicht. „Die Lage ist unter Kontrolle“, so Bachelet gegenüber der Presse. Sie äußerte Verständnis für das Leid der Menschen in den Krisengebieten, verurteilte die gewalttätigen Ausschreitungen und kriminellen Handlungen der vergangenen Tage jedoch aufs Schärfste.

Laut der Bürgermeisterin von Concepción, Jacqueline Van Rysselberghe, haben jedoch das schlechte Krisenmanagement der Regierung und das Ausbleiben der humanitären Hilfe erst zu den Plünderungen geführt: „Es ist eine Schande, dass die Rettungsmannschaften nicht schon am Samstag gekommen sind“. Viele Bürger hätten sich zu Einbrüchen von Lebensmittelgeschäften gezwungen gesehen, da selbst zwei Tage nach dem Beben noch immer kaum Nahrungsmittel im Katastrophengebiet angekommen seien. Auch die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas war seit dem Beben unterbrochen. Zudem beklagte Van Rysselberghe, dass die von Bachelet ausgerufene Ausgangssperre viel zu spät verhängt worden sei und das Militär trotz massiver Präsenz Anfangs zu langsam auf die wachsende Zahl der Verbrechen reagiert habe. In einigen Ortschaften schlossen sich bewaffnete Bürger zusammen, um ihr Hab und Gut auf eigene Faust vor Raubüberfällen zu schützen.

Kritik gab es auch von internationalen Medien wie der New York Times und der Wa-

CHILE

MARTIN F. MEYER
WINFRIED JUNG

4. März 2010

www.kas.de

www.kas.de/chile

shington Post, da die Regierung erst nach anfänglichem Zögern um internationale Hilfe gebeten hatte. Der chilenischen Außenminister Mariano Fernández hatte noch am Samstag verkündet, Chile besitze genügend Reserven, um sich selbst zu helfen, und die Regierung wolle zunächst eine Bewertung der Schäden vornehmen, bevor sie auf mögliche internationale Hilfe zurückgreife.

Innenminister Pérez Yoma räumte ein, dass Fehler gemacht worden seien und die Hilfslieferungen länger als vorhergesehen gebraucht hätten, jetzt sei jedoch nicht der Augenblick für Schuldzuweisungen. Auch der designierte Präsident Sebastián Piñera, der am 11. März sein Amt antreten wird, riet allen Chilenen und insbesondere seinem Parteienbündnis, sich mit Kritik an der Regierung zurückzuhalten: „Im Moment brauchen wir im Land nationale Einheit“.

Schon am Tag der Katastrophe hatte es Kritik gegeben. Verteidigungsminister Vidal hatte der chilenischen Marine vorgeworfen, die Gefahrenlage falsch diagnostiziert zu haben, da sie nach dem Beben keine Tsunami-Warnung für die Küstenregion ausgesprochen habe. Die meisten der mittlerweile 799 Todesopfer kamen nicht durch das Erdbeben selbst sondern aufgrund der meterhohen Flutwellen ums Leben. Zwischen dem Beben und der folgenden Überflutung verstrichen etwa 30 Minuten – in dieser Zeit hätten laut Vidal viele Menschen gewarnt werden können.

Lob gab es hingegen von den internationalen Organisationen sowie von einigen Regierungen. Obwohl es einige Anfangsschwierigkeiten bei der Versorgung der Opfer gegeben hatte, priesen die Vereinten Nationen und auch US-Außenministerin Hillary Clinton die Maßnahmen der chilenischen Regierung angesichts einer der schlimmsten Naturkatastrophen in der Geschichte des Landes. „Chile ist vielleicht das Land Lateinamerikas, das am besten für eine solche Katastrophe vorbereitet ist. Es hat außerordentlich strenge Bauvorschriften. Welches andere Land würde schon ein Beben der Stärke 8,8 so überstehen?“, sagte die stellvertretende UN-Nothilfekoordinatorin Catherine Bragg in New York. Es gebe eine klare Führung, die sich auch in der Krise bewiesen habe. Auch Clinton hob bei einem Kurzbesuch in Santiago am Dienstag die Leistungen Bachelets

hervor: „Sie und ihre Regierung haben große Führungsqualitäten bewiesen“.

Das Erdbeben hat das Land mitten im politischen Umbruch erschüttert. Zum ersten Mal seit 20 Jahren wird Chile demnächst nicht vom Mitte-Links-Bündnis Concertación sondern vom wirtschaftsliberalen und rechtskonservativen Unternehmer Sebastián Piñera vom Bündnis Coalición por el Cambio regiert. Die Folgen des Bebens stellen die künftige Regierung gleich zum Anfang der Amtszeit vor eine enorme Herausforderung. „Ein unerfahrenes Kabinett muss nun mit einer großen Katastrophe und möglicherweise auch sozialer Unzufriedenheit umgehen“, warnt der Analyst Daniel Kerner der Eurasia Group gegenüber Spiegel Online. Piñera müsse nun zeigen, dass er gut mit der alten Regierung zusammenarbeiten kann. Das Erdbeben sei laut Kerner daher auch eine Prüfung für die politische Klasse.

Bis zu seinem Amtsantritt in der kommenden Woche wird sich der designierte Präsident nach Radioberichten eng mit der amtierenden Staatschefin abstimmen, damit im Kampf um die Überwindung der Katastrophe Kontinuität gewährleistet sei. Gleichzeitig kündigte er einen Wiederaufbauplan für das Land an. Piñera hatte noch am Tag der Katastrophe verkündet, dass die Bereitstellung von öffentlichen Sondermitteln für den Wiederaufbau sich nicht auf sein Regierungsprogramm auswirken würde. Im Wahlkampf hatte er versprochen, 1 Million neue Arbeitsplätze zu schaffen und ein jährliches Wirtschaftswachstum von 6 Prozent zu erzielen. Am Montag räumte er jedoch ein, dass er sich bei seinem Amtsantritt zunächst auf die Nothilfe konzentrieren werde und es möglicherweise doch Änderungen in seinem Programm geben würde: „Natürlich werden wir dieser Aufgabe Priorität einräumen. Dieses Erdbeben können wir nicht ignorieren“. Die amerikanische Consultingfirma Edeqat, spezialisiert auf die Folgen von Katastrophen, schätzt die Schäden auf 30 Milliarden US-Dollar, was ungefähr zwischen 10 Prozent und 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Chile entspricht.

Nach Meinung des zukünftigen Präsidenten wird das gesamte Ausmaß der Katastrophe jedoch erst frühestens Ende dieser Woche feststehen.